



Standpunkte SVP Nidau

Stadtrat-Sitzung, 22. März 2018

Beschlüsse der Fraktionssitzung

Nidau, 19. März 2018



Einleitung

Am 22. März 2018 findet die erste ordentliche Stadtratssitzung der neuen Legislatur 2018-21 statt. Die SVP-Fraktion wird keine Vorstösse einreichen.

Traktanden Stadtrat-Sitzung 22.03.2018

1. Protokoll Stadtratssitzung Nr. 1 vom 25.01.2018
2. Jahresbericht Aufsichtskommission - Kenntnisnahme
3. Anpassung Stellenetat
4. Schulsozialarbeit - Weiterführung ab August 2018
5. Erneuerung Schulmobiliar - Kreditabrechnung
6. Sanierung 0.4 kV Strandweg-Dr.Schneiderstrasse
7. Öffentliche Bewirtschaftung Parkplatz Aalmattenweg
8. Postulat Paul Blösch (EVP) - Faktencheck Vorschlag A5 „Westast so besser“
9. Postulat Leander Gabathuler (SVP) & Tobias Egger (SP) - Interne Lösung IT
10. Postulat Olivier Grob (SVP) - Asylgründe und Aufenthaltsstatus überprüfen
11. Interpellation Carine Stucki-Steiner (Grüne) - PK Stadt Nidau Umweltverträglichkeitsanalyse
12. Sammelantrag erheblich erklärte Vorstösse - Fristverlängerungen, Abschreibungen, Übernahmen

01 Genehmigung Protokoll Nr. 1 vom 25. Januar 2018

Einstimmige Zustimmung

02 Jahresbericht Aufsichtskommission - Kenntnisnahme

Wird zur Kenntnis genommen

03 Anpassung Stellenetat

Markus Baumann

Weil die Gemeinde Port den Vertrag mit der Stadt Nidau im Bereich AHV per Ende 2018 gekündigt hat, fällt der Aufwand für die Bewirtschaftung & Leistungserbringung der Porter Fälle weg. Der Stellenetat kann deshalb um 40 Stellenprozente reduziert werden. Wegen einer Kündigung einer Mitarbeiterin muss von Seiten der Stadt Nidau keine Kündigung erfolgen.

Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu.

04 Schulsozialarbeit - Weiterführung ab August 2018

Oliver Grob

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die vor drei Jahren als Pilotprojekt neu eingeführte Schulsozialarbeit mit unverändert 105 Stellenprozenten definitiv einzuführen. Dies hätte für die Stadt Nidau jährlich wiederkehrende Kosten von über 150'000 CHF (netto: rund 90'000 CHF) zur Folge.

Wir stellen fest:

- Die Evaluation wurde professionell und nüchtern erstellt. Sie liefert einen wertvollen Beitrag zur Meinungsbildung
- Die Schulsozialarbeit wird von den Schulleitungen sowie von der Mehrheit der Lehrer und Schüler unterstützt. Allerdings sind diese gleichzeitig auch die Profiteure der Schulsozialarbeit. Wie bereits vor drei Jahren vor der Einführung festgehalten, ist die Unterstützung daher auch verständlich.
- Die Fallzahlen zeigen deutlich, dass beispielsweise im Schulhaus Balainen und Bürgerbeunden die Notwendigkeit der Schulsozialarbeit durchaus hinterfragt werden muss. Von den etwas über 200 (Balainen) bzw. 360 (Bürgerbeunden) Schülern resultierten während drei Jahren gerade mal 35 bzw. 56 Fälle, was einer Quote von rund 15-16% entspricht. (S. 19) Da aber manche Schüler mehrere Fälle generiert haben, ist die tatsächliche Quote noch tiefer, es wurden in den beiden Schulhäusern 11.5% (Balainen) bzw. 10.2% der Schüler erreicht. Im Endeffekt hat an dieser Schule nur knapp jeder zehnte

Schüler während diesen drei Jahren bei der Schulsozialarbeit einen Fall generiert. Dies kann die hohen Kosten der Schulsozialarbeit aber definitiv nicht ausreichend legitimieren. (S. 47)

- Hingegen beim Weidteilen Schulhaus resultierten von rund 230 Schülern während den drei Jahren 183 Fälle, was einer Quote von knapp 80% entsprechen würde. (S. 19) Effektiv wurden aber „nur“ 28.5% der Schüler mit der Schulsozialarbeit erreicht, ein klarer Hinweis auf eine grosse Minderheit an Schülern, die betreut wurde. (S. 47)
- Auch die zahlreichen durchgeführten Projekte und Arbeiten sind fachlich als sehr gut zu bewerten. Die Sozialarbeiterinnen machen rein fachlich wahrscheinlich einen guten Job. Ein im Bericht genanntes Beispiel ist die Streitinsel oder das Erstellen von Plakaten. Doch braucht es dafür die Schulsozialarbeit oder wäre dies nicht eher Aufgabe der Klassenlehrpersonen?
- 130 Einzelpersonen haben die Schulsozialarbeit während den drei Jahren in Anspruch genommen: 25 im Balainen, 37 im Burgerbeunden und 68 im Weidteilen. Davon hatten in allen Schulhäusern eine Mehrheit einen Migrationshintergrund, im Weidteilen waren es sogar 54 Personen (80%!). (S. 22)
- Während den drei Jahren hat die Schulsozialarbeit 228 Fälle abgeschlossen und 610 Beratungsgespräche durchgeführt. Das sind etwas über 100 Fälle und 300 Beratungsgespräche pro Sozialarbeiterin pro 3 Jahre - also rund 33 Fälle und 100 Beratungsgespräche pro Jahr. Davon ausgegangen, dass ein Gespräch rund 1 Stunde dauert und maximal 1 Stunde Vor- und Nachbereitungszeit benötigt, wäre die Arbeit nach rund 5 Arbeitswochen erledigt. Selbst in Anbetracht von zusätzlichen kleineren Aktivitäten und Projekten fragen wir uns: Was machen die Sozialarbeiterinnen während dem ganzen Rest des Jahres? (S. 20)
- Die Entwicklung Fallzahlen lässt während der kurzen Pilotphase zwar keine abschliessende Analyse zu, doch es gibt eine Tendenz zu steigenden Zahlen. Dies kann einerseits damit begründet werden, dass die Schulsozialarbeit sich bei den Lehrern und Kindern erst bekannt machen musste. Es könnte aber auch ein Hinweis dafür sein, dass die Schulsozialarbeit zu wenig präventiv wirkt, wie dies im Bericht auch festgehalten wird. Wenn die Schulsozialarbeit ihre Kosten rechtfertigen soll, dann müssten die Fallzahlen eigentlich von einem hohen Niveau gesunken sein, das Gegenteil ist aber aktuell der Fall.
- Die Datenauswertung zeigt, dass vor allem eine Minderheit der Lehrer stark (7%) bzw. eher stark (13%) belastet ist, die Mehrheit der Lehrer empfindet sogar, dass die Belastung mittelmässig bis (ziemlich) niedrig ist. Dies weist darauf hin, dass es wahrscheinlich in wenigen Klassen erhebliche Probleme gibt, welche die Lehrer schwer belasten und dass in den meisten Fällen aber das Vorhandensein der Schulsozialarbeit nicht zwingend nötig ist.
- Die SVP ist der Meinung, dass grundsätzlich nach wie vor die Lehrpersonen für ihre Klassen verantwortlich sind. Sie haben dabei auch eine Funktion als Erzieher und nicht nur als Wissensvermittler, damit sie ihrer Verantwortung gerecht werden. Wir bezweifeln, dass die Schulsozialarbeit einen positiven Einfluss auf den Stellenwert einer Lehrperson - insbesondere einer Klassenlehrperson - hat. Viel eher verleitet sie dazu, dass Lehrpersonen auch bei nicht besonders schwerwiegenden Situationen unangenehme oder aufwändige Arbeiten an die Schulsozialarbeit abdelegieren.

- Beim Durchlesen des Berichts kann man zwischen den Zeilen lesen, dass ein gewisser Druck auf die Lehrkräfte ausgeübt wird, die Schulsozialarbeit zu nutzen. Jene Lehrkräfte, die dies nicht möchten oder keinen Bedarf sehen, werden als „alteingesessen“ sprich „rückständig“ abgestempelt. Etwas zugespitzt könnte man da im Umkehrschluss aber auch genauso gut behaupten, die jungen „dynamischen“ Lehrkräfte sind nicht mehr belastungsfähig und haben ihre Klassen nicht mehr im Griff. Die SVP wehrt sich dagegen, Lehrkräften eine Dienstleistung aufzuzwingen, die weder nötig noch erwünscht ist und dadurch ein schlechtes Klima im Lehrergremium zu schaffen.

05 Erneuerung Schulmobiliar - Kreditabrechnung

Ursula Wingeyer

Die Erneuerung des Schulmobiliars ist erfolgt, die Abrechnung schliesst bei Kosten von rund 182'000 CHF u.A. dank Mengenrabatten erfreulicherweise fast 100'000 CHF besser ab, als budgetiert.

Die SVP-Fraktion stimmt der Kreditabrechnung einstimmig zu.

06 Sanierung 0.4 kV Strandweg-Dr. Schneiderstrasse

Thomas Marolf

Mit einem Investitionskredit von 145'000 CHF sollen neue 0.4 kV Kabel sowie eine Glasfaserverbindung verlegt werden. Zusätzlich soll die öffentliche Beleuchtung teilweise ersetzt werden.

Die SVP-Fraktion stimmt dem Investitionskredit einstimmig zu.

07 Öffentliche Bewirtschaftung Parkplatz Aalmattenweg - Kenntnisnahme

Der Gemeinderat hat auf Grund eines Postulats von Mathias Leiser (FDP) geprüft, ob auf der durch die Stadt Nidau erworbenen „Coop-Parzelle“ zusätzliche Parkplätze erstellt werden könnten. Eine Voranfrage beim Regierungsstatthalteramt (Bewilligungsbehörde) hat ergeben, dass ein solches Vorhaben nicht zonenkonform und damit nicht möglich ist. Eine Umzonung wäre nötig, ein solcher Prozess wäre teuer und würde 2 bis 4 Jahre dauern - Der Aufwand wäre unverhältnismässig hoch. Der Status quo wird deshalb beibehalten.

Die SVP-Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis

08 Postulat Paul Blösch (EVP) - Faktencheck Vorschlag A5 „Westast so besser“

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat als erheblich zu erklären. Er ist bereit, in Zusammenarbeit mit den anderen Behörden, das vom Komitee „Westast so besser“ präsentierte Alternativprojekt einem Faktencheck zu unterziehen bzw. zu prüfen.

Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag für Erklärung der Erheblichkeit einstimmig zu.

09 Postulat Leander Gabathuler (SVP) & Tobias Egger (SP) - Interne Lösung IT

Leander Gabathuler

Die Postulanten fordern, dass der Gemeinderat eine Internalisierung von bestimmten IT-Leistungen prüft, insbesondere im Hinblick auf mögliche Kosteneinsparungen. Die IT-Kosten der Stadt Nidau sind in den vergangenen Jahren immer weiter angewachsen, was auch bereits in der GPK und im Stadtrat bemerkt wurde. Eine konkrete Strategie, wie dieses Kostenwachstum gestoppt werden kann, gibt es aber bislang nicht. Die Kostensteigerungen sind Grund genug, dass die Stadt Nidau darüber nachdenkt, ob sie gewisse Leistungen nicht selbst günstiger und effizienter erbringen könnte. Der Antwort des Gemeinderates ist zu entnehmen, dass seit 2016 bereits ein interner IT-Spezialist angestellt wurde und dieser 2018 mit einem 50 Prozent Pensum für die Stadt arbeitet. Erste Analysen seien vielversprechend. Der Gemeinderat möchte daher weitere Internalisierungsschritte prüfen.

Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag für Annahme einstimmig zu.

10 Postulat Olivier Grob (SVP) - Asylgründe und Aufenthaltsstatus überprüfen

Oliver Grob

Der Postulant fordert den Gemeinderat dazu auf, aktiv auf die kantonalen und nationalen Behörden zuzugehen und insbesondere beim Informationsaustausch Massnahmen zu prüfen, um krasse Fälle von Sozialhilfemissbrauch und Behörden-Schlendrian zu verhindern. Im Asyl- und Ausländerbereich zeigt die Statistik aus Nidau, dass bei uns (und auch schweizweit) von zahlreichen Fällen ausgegangen werden muss, bei welchen die Gemeindebehörden durch andere Behörden völlig unzureichend informiert werden und daher oftmals konsequente Gegenmassnahmen nicht möglich sind. Der Gemeinderat hat das Problem erkannt und arbeitet seit letztem Jahr eng mit den Behörden der kantonalen Sozialdirektion zusammen.

Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag für Annahme einstimmig zu. **Abschreibung?**

11 Interpellation Carine Stucki-Steiner (Grüne) - PK Stadt Nidau Umweltverträglichkeitsanalyse

Die zufriedenstellende Antwort wird zur Kenntnis genommen.

12 Sammelantrag erheblich erklärte Vorstösse - Fristverlängerungen, Abschreibungen, Übernahmen

Die Fristenverlängerung, Übernahmen und Abschreibungen werden bewilligt.

Für Rückfragen:

Leander Gabathuler, Fraktionspräsident, Stadtrat SVP Nidau

info@svp-nidau.ch

www.svp-nidau.ch